



Der Service public schafft

Zusammenhalt

**Positionspapier der CVP Schweiz
zum Service public**

Verabschiedet vom Parteipräsidium am 18. Juni 2015



Die acht wichtigsten Forderungen der CVP

1. Wir wollen einen starken und funktionierenden Service public!

Der Service public ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt der Schweiz und die Standortattraktivität im Vergleich mit anderen Ländern.

2. Wir sagen Nein zur Initiative „Pro Service public“!

Die Initiative schränkt die unternehmerische Freiheit der bundesnahen Unternehmen ein und schwächt deren Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit.

3. Wir bekennen uns zu offenen und liberalisierten Märkten!

Wo dies möglich ist, sollen private Firmen die Dienstleistungen des Service public in einem wettbewerblichen Umfeld erbringen.

4. Wir gestehen der Post neue Geschäftsfelder zu!

Die Post muss neue Aktivitäten entwickeln können, um ihre Grundversorgungsdienstleistungen wirtschaftlich zu erbringen. Wir unterstützen dies, solange der Wettbewerb in diesen neuen Feldern nicht verzerrt wird.

5. Wir wollen faire Preise in der Telekommunikation!

Die CVP verlangt, dass die Roaming-Kosten für Schweizer Konsumenten im Ausland drastisch gesenkt werden.

6. Wir unterstützen die Energiestrategie 2050!

Wir wollen die Energieeffizienz verbessern, erneuerbare Energien fördern und fossile Energien reduzieren. Zentral ist dabei die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, das heisst weniger Energieimporte und mehr einheimische Energie, um die Auslandabhängigkeit, zu reduzieren.

7. Wir wollen eine starke Medienvielfalt in der Schweiz!

Eine starke SRG ist die beste Garantie sich gegen die starke ausländische Konkurrenz zu behaupten und ein Garant für die sprachliche und kulturelle Vielfalt unseres Landes. Dazu gehören aber auch komplementäre private Radio- und Fernsehstationen und ein starker Printbereich.

8. Wir sagen Nein zur „Milchkuhinitiative“!

Die Finanzierung der öffentlichen Infrastrukturen und der darauf angebotenen Dienstleistungen hat im politischen Feinprozess zu geschehen. Radikalmassnahmen gefährden die Bundesfinanzen und den Zusammenhalt des Landes.



1. Ein starker Service public – ein Vorteil für die Schweiz

Der Service public ist ein wesentliches Element des schweizerischen Staatsverständnisses. Unsere Bürgerinnen und Bürger nutzen und betrachten ihn als Teil der nationalen Identität. Er ist von zentraler Bedeutung für die Wirtschaft unseres Landes, welche täglich auf das reibungslose Funktionieren der öffentlichen Dienstleistungen angewiesen ist. Der leistungsfähige Service public ist ein Markenzeichen unseres Landes.

Dementsprechend ist der Service public für die CVP ein wichtiges Mittel für den nationalen Zusammenhalt und dadurch ein wichtiger Tätigkeitsbereich der Politik. Er stärkt unsere Position im Wettbewerb mit anderen Ländern. Wir stellen diesbezüglich fest: Die Schweiz verfügt heute über einen im internationalen Vergleich sehr guten und effizienten Service public. Die CVP will auch in Zukunft diese Qualität zum besten Preis. Deshalb stehen wir dazu, dass auch im Service public Kosten hinterfragt und die Effizienz wo möglich gesteigert werden.

Der Umfang einer spezifischen Leistung des Service public und die Organisation der Leistungserbringung ist zwangsläufig den gesellschaftlichen und technischen Veränderungsprozessen unterworfen. Die Politik muss deshalb stets hinterfragen, ob die Form einer spezifischen Leistungserbringung aus heutiger Sicht noch effizient, wirtschaftlich und richtig ist. Verschiedene staatliche Monopole des Service public sind im Zuge der Veränderungen in den vergangenen Jahren abgeschafft oder gelockert worden. Verbunden sind diese Entwicklungen mit dem Zugang von Privaten in den Markt, mit einer Deregulierung und einer Öffnung der nationalen Grenzen für die Anbieter von Dienstleistungen.

Definition „Service public“

Der Bundesrat definiert den Service public in seinem Bericht «Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)» (2004) wie folgt:

«Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.»

Getreu dieser Definition behandelt dieses Papier die Grundversorgung im Infrastrukturbereich mit Post, Telekommunikation, elektronischen Medien (Radio und Fernsehen), öffentlichem Verkehr, Strasse und Energie. Wir beschränken uns dabei auf jene Bereiche des Service public, in welchen der Bund preisgestaltend mitredet.

Dieser Definition gehorchend, werden jene Bereiche nicht behandelt, welche zwar auch eine elementare Grundversorgung darstellen, jedoch nicht in den Infrastrukturbereich hineingreifen und/oder nicht im Kompetenzbereich des Bundes liegen. Namentlich zu erwähnen sind hier die Wasserversorgung, Abwasser, Abfall, die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, die medizinische Grundversorgung, die Bildung oder die Belieferung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Die CVP hat zu einzelnen dieser Themen bereits eigene Positionspapiere vorgestellt.



Es ist an der Politik, diese Veränderungen zu reflektieren und zu definieren, wie weit die Grundversorgung zu gehen hat und wie diese Versorgung organisiert werden soll. Anstatt ideologisch vordefinierte Patentlösungen zu fordern, müssen mit dem Blick auf die Bedürfnisse der Bevölkerung die Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns ausgelotet werden. Genau dies tut die CVP mit diesem Positionspapier.

2. Grundprinzipien der CVP

Die CVP setzt sich ein für einen qualitativ hochstehenden und gleichzeitig effizienten Service public, der allen Bürgerinnen und Bürger in allen Landesregionen zugänglich ist. Die Sicherung des Service public in unserem Land muss ein wichtiger Eckpfeiler staatlichen Handelns und staatlicher Verantwortung bleiben.

Gute Qualität in allen Landesteilen...

Die Dienstleistungen müssen für die ganze Bevölkerung in ausreichender Qualität zugänglich sein. Die Kosten – relativ zur erbrachten Leistung betrachtet – müssen tragbar und in allen Landesregionen identisch sein. Auch die Qualität muss in allen Landesregionen gleichwertig sein. Diese Elemente sind für den nationalen Zusammenhalt und für die unerlässliche Solidarität zwischen den verschiedenen Regionen der Schweiz (zwischen Städten, Agglomerationen sowie Rand- und Bergregionen) von ausserordentlicher Wichtigkeit. Sie sind eine Voraussetzung, dass auch periphere Regionen am technischen und wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben können. Damit sind sie eine Voraussetzung, dass unser Land dezentral besiedelt bleibt und sich kein Graben zwischen den urbanen Zentren und den ländlichen Regionen entwickelt.

... und Wettbewerb, wo dieser die Qualität gewährleisten kann!

Die CVP hat sich im Verlaufe der breit geführten Diskussion um die Zukunft der bis anhin staatlichen Monopolbetriebe offen gezeigt. Wir haben stets Hand geboten, damit:

- ! sich auch Private an diesen Unternehmen beteiligen können (z. B. Swisscom),
- ! bis anhin dem Staatsmonopol unterstellte Bereiche dem Wettbewerb der freien Marktkräfte ausgesetzt werden (z. B. Mobilfunktelefonie, Festnetztelefonie ausser letzte Meile, Paketpost, Briefpost ab 50g),
- ! Teilbereiche mit Leistungsaufträgen an Konzessionäre abgetreten werden (z. B. öffentlicher Verkehr, Radio und Fernsehen).



NEIN zur Initiative „Pro Service public“

Die Initiative „Pro Service public“ will in der Verfassung verankern, dass sämtliche Unternehmen, welche einen Grundversorgungsauftrag des Bundes haben, nicht nach Gewinn streben dürfen, keine Quersubventionierungen durchführen und auch keine Löhne über jenen der Bundesverwaltung ausbezahlen dürfen.

Die CVP ist der Ansicht, dass die Initiative die unternehmerische Freiheit der bundesnahen Unternehmen zu stark einschränken und deren Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit schwächen würde. Auch bei Unternehmen des Service public ist das Gewinnstreben der Motor für Verbesserungen...

Die Initiative hätte für die Unternehmen einen Einnahmeverlust von 900 Millionen Franken zur Folge. Das könnte nur mit einem Leistungsabbau kompensiert werden, auch in der Grundversorgung. Schliesslich verbietet die Volksinitiative dem Bund und den Service-public-Unternehmen jegliche Querfinanzierung im Bereich der Grundversorgung. Dadurch würde die Grundversorgung geschwächt oder sogar in Frage gestellt.

Die CVP bekennt sich zu offenen und liberalisierten Märkten. Wo dies möglich ist, sollen private Firmen die Dienstleistungen des Service public in einem wettbewerblichen Umfeld erbringen. Voraussetzung dafür ist selbstredend, dass damit ein Wettbewerb bezüglich Angebot der Leistungen und Preise geschaffen werden kann.

Dort, wo diese Voraussetzung nicht gegeben war und deshalb staatliche Monopole existierten, muss der Eintritt privater Anbieter unter gewissen Rahmenbedingungen erfolgen: Die Grundversorgung darf auch in den aus betrieblicher Sicht unattraktiveren Regionen nicht gefährdet sein! Auch wenn die Konkurrenz in den verschiedenen Märkten eine immer wichtigere Rolle spielt, sind vor Marktöffnungen stets die Konsequenzen vertieft zu prüfen. Die Vergangenheit und der Vergleich mit Situationen im Ausland zeigen, dass die schritt- oder teilweise Liberalisierung oder Veräusserung staatlicher Besitzanteile sinnvoller sein kann als ein überstürztes Entlassen der Dienstleistung in den freien Markt.

Die CVP steht zum Grundsatz, dass Leistung und Finanzierung des Service public stets im Zusammenspiel der Landesgegenden und somit gemeinsam mit Kantonen und Gemeinden, in Verhandlung mit

den jeweiligen Stakeholdern und unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung erfolgen müssen. Dies geschieht zwingend im Rahmen gesetzgeberischer Prozesse. In den nachfolgenden Kapiteln definiert die CVP, wie sie sich in diesen Prozess einzubringen gedenkt.



3. Die Forderungen der CVP in den einzelnen Bereichen des Service public

A. Post

Die neue, 2010 verabschiedete Postgesetzgebung entspricht den Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger. Das moderne Postgesetz bezweckt, dass für alle Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen eine ausreichende und preiswerte Grundversorgung gewährleistet wird. Hierzu hat die Post je einen Grundversorgungsauftrag für Postdienste und für Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs. Das moderne Postgesetz ist zu einem Grossteil das Verdienst einer umsichtigen CVP-Politik.

Umsichtige Kommunikation und Einbezug von Regionen und Gemeinden

Die Post sieht sich durch das sich ständig reduzierende Volumen an Briefpost und Schaltergeschäften mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Durch die Restrukturierung ihrer Verteilzentren für Pakete und Briefe sowie die Flexibilisierung ihres Geschäftsstellennetzes hat sich die Post den Veränderungen bereits erheblich angepasst.

Die CVP hat Verständnis für diese Schritte. Weniger die Form, als vielmehr die erbrachte Leistung sind für uns entscheidend. Auch erachten wir in den ländlichen Regionen Zusammenschlüsse und Zusammenarbeitsformen (Post, Gemeinden, Detailhändler und innovative regionale Partner) gewisser Service public-Leistungen als Chance. Solche Dienstleistungszentren können die wohnortnahe Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen sichern. Wir fordern aber, dass die Post die entsprechenden Schritte bei der Anpassung des Netzes von Poststellen, Agenturen und Hausservice umsichtig kommuniziert und die betroffenen Gemeinden und Regionen bei der Lösungssuche miteinbezieht.

Vor weiterer Liberalisierung wollen wir die Auswirkungen kennen

Die CVP verlangt, dass die Marktliberalisierung für Briefpost bis zu 50 Gramm einer sorgfältigen Analyse unterzogen wird, bevor eine Entscheidung über eine vollständige Aufgabe des Briefmonopols getroffen wird. Der von uns verlangte Bericht, der die möglichen Auswirkungen einer Marktliberalisierung evaluiert und der Empfehlungen in Bezug auf die Vor- und Nachteile der Liberalisierung des Postmarktes enthält, kommt 2015 ins Parlament.

Ja zu neuen Geschäftsfeldern, aber ohne Wettbewerbsverzerrung

Damit die Post ihre Grundversorgungsdienstleistungen so wirtschaftlich wie möglich erbringen kann, muss es ihr möglich sein, neue Aktivitäten zu entwickeln, solange sie durch ihre Sonderstellung nicht den Wettbewerb in diesen neuen Feldern verzerren kann. Die CVP steht dafür ein, dass der Post die entsprechende unternehmerische Freiheit eingeräumt wird.



B. Telekommunikation

Parallel mit der Europäischen Union hat die Schweiz ihren Telekommunikationsmarkt 1998 geöffnet. Im Zuge dieser Liberalisierung hat sich eine Anzahl Unternehmen auf dem Schweizer Markt niedergelassen, deren Zahl ist aber im Verlaufe der letzten Jahre wieder zurückgegangen. Die Grundversorgung sichert der Schweizer Bevölkerung ein Mindestangebot an Telekommunikationsdienstleistungen auch dann, wenn der Markt diesbezüglich versagt.

Die Dynamik des Telekommunikationsmarktes hat sowohl eine starke Preissenkung bei der Festnetz- und Mobilfunktelefonie, als auch die Einführung von neuen Produkten und Angeboten mit sich gebracht. Das ist gut für die Konsumenten und gut für die Wirtschaft. Swisscom ist zudem wichtiger Treiber neuer Technologien und neuer Anwendungen etwa im Bereich Patientenkarte, etc. Die CVP begrüsst im Sinne eines erhöhten Kundennutzens diese Wettbewerbssituation.

Für faire Preise und Innovation

Die CVP verlangt von den Schweizer Anbietern im Mobiltelefoniebereich eine Verbesserung der mit den ausländischen Partnern getroffenen Verträge, um die Roaming-Kosten für Schweizer Konsumenten im Ausland drastisch zu senken.

Glasfaser fürs Berggebiet statt Krise wegen der Frankenstärke

Die CVP fordert, dass die Unterschiede bei der Breitbandversorgung zwischen den Randregionen und den dichter bevölkerten Gegenden verringert werden. Das UVEK ist damit beauftragt, mit den Hauptakteuren des Marktes eine nationale Strategie zu entwickeln, um in der gesamten Schweiz eine Garantie für möglichst breit ausgelegte Netze der neusten Generation auszuarbeiten. Als Erweiterung zu dieser Strategie schlägt die CVP eine Breitband-Offensive für die touristischen Gebiete vor. Investitionen in diesen Gebieten können nicht nur zu einem Standortvorteil des Tourismuslandes Schweiz führen, sie können auch ermöglichen, dass sich Firmen in den Bergregionen ansiedeln, welche sie vorher wegen der nicht ausreichenden Telekommunikations-Infrastruktur gemieden haben.



C. Energie

Auch die Elektrizitätsversorgung ist eine Dienstleistung des Service public. Sie wird von der Bevölkerung oftmals als „natürlich“ erachtet und deshalb kaum als Dienstleistung wahrgenommen.

Die Belieferung mit elektrischer Energie ist eine Dienstleistung, welche in einem stark regulierten Markt erfolgt. Dieser steht aufgrund der Neuausrichtung der Energiepolitik und den europaweiten Marktöffnungen aber vor einer Zeit grosser Dynamik. Der Energiemarkt erscheint heute wegen der zahlreichen Versorger als sehr gut aufgeteilt. In Wirklichkeit aber decken die vierzig grössten Zulieferunternehmen sechzig Prozent des Elektrizitätsbedarfs ab, während die fünfhundert kleinsten Werke zusammen nur einen Marktanteil von zehn Prozent generieren.

Unterstützung für die Energiestrategie 2050

Die unter Bundesrätin Doris Leuthard entwickelte und derzeit in der parlamentarischen Beratung stehende Energiestrategie 2050 wird von der CVP mitgetragen und mitgestaltet. Für die CVP sind die folgenden vier Ziele vorrangig:

- ! Energieeffizienz verbessern
- ! Erneuerbare Energien fördern, fossile Energien reduzieren
- ! Versorgungssicherheit gewährleisten
- ! Weniger Energieimporte und damit weniger Auslandabhängigkeit, mehr einheimische Energie

Ja zur Strommarktöffnung mit Grundversorgungs-Garantie

Grundlage für die Marktöffnung bei der Stromversorgung bildet das im Jahre 2007 verabschiedete Stromversorgungsgesetz. Der Elektrizitätsmarkt hat sich 2009 für die Grossverbraucher geöffnet. Diese nutzen die Wahlmöglichkeit rege. Die CVP befürwortet die Marktöffnung auch für die KMU und die Haushalte. Der Vorschlag des Bundesrates sieht vor, dass jeder Endverbraucher seinen Stromlieferanten frei wählen und falls gewünscht jährlich wechseln kann. Ein Wechsel in den freien Markt soll aber nicht obligatorisch sein. Endverbraucher werden weiterhin von ihrem lokalen Versorgungsunternehmen beliefert, bzw. ohne Kündigung werden sie in der so genannten „Grundversorgung mit abgesicherter Stromversorgung“ (im WAS-Modell) sein. Die Tarife im WAS-Modell werden von der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom geprüft und wenn nötig herabgesetzt.



Wie auch in den anderen Bereichen verlangt die CVP bei jeder Entwicklung eine Grundversorgungsgarantie und eine Versorgungssicherheit für die ganze Schweiz. Die Strommarktöffnung darf nicht dazu führen, dass kleine Randregionen diskriminiert werden. Das beschriebene WAS-Modell garantiert diese Grundversorgung.

Die CVP verlangt vom Bundesrat insbesondere im Lichte der tiefen europäischen Strompreise, die Auswirkungen der Liberalisierung des Marktes zu analysieren und seine Schlussfolgerungen dem Parlament vorzulegen. Danach kann eine Entscheidung getroffen werden, wie man bezüglich der Teilliberalisierung weiter vorgehen will und welche nächsten Liberalisierungsschritte angegangen werden sollen. Dabei genießt die Versorgungssicherheit oberste Priorität.

Intelligente Lösung statt Bürokratie

Ebenso ist es für den Endverbraucher von grosser Bedeutung, dass der Wechsel weg vom Grundversorger hin zu einem anderen Elektrizitätsunternehmen einfach und transparent gestaltet ist. Dafür braucht es aus Sicht der CVP ein einfaches – und im besten Fall von allen Stromversorgern benutzen – IT-Tool und Plattformen, die für alle Transparenz schaffen.

JA zur Wasserkraft als Stütze der einheimischen Stromproduktion

Die Energiestrategie 2050 des Bundes basiert bei der Stromproduktion auf der Grundlage, dass die Produktion von Strom aus Wasserkraft quantitativ erhalten bzw. sogar leicht erhöht und qualitativ durch den Zubau von Speicher- und Pumpspeicherkraftwerken optimiert werden kann.

Die regulatorischen und elektrizitätsmarktlichen Rahmenbedingungen im internationalen und namentlich auch im kontinentaleuropäischen Kontext benachteiligen die einheimische Wasserkraft.

Die CVP verlangt im Interesse der Umsetzbarkeit der Energiestrategie 2050, dass der Beitrag der Wasserkraft zur sicheren, einheimischen und erneuerbaren Stromversorgung während der Dauer des angespannten Elektrizitätsmarkts durch angemessene Massnahmen gesichert wird. Diese Massnahmen sollen der Wasserkraft gleich lange Spiesse und vergleichbare Rahmenbedingungen ermöglichen wie den übrigen erneuerbaren Energieträgern.

Ein Elektrizitätsnetz in Schweizer Händen, welches der neuen Stromwelt entspricht

Die CVP verlangt, dass das Elektrizitätsnetz in Schweizer Händen bleibt, sei es privat oder (mehrheitlich) öffentlich. Es ist strategisch von grösster Wichtigkeit, diesen Zustand zu halten. Bezüglich der Netze, Übertragungs- wie Versorgungsnetze, sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass deren Leistungsfähigkeit bei verstärkter Einspeisung dezentral produzierten erneuerbaren Stroms – sowie im Hinblick auf die Inbetriebnahme der sich im Bau befindlichen Grosspumpspeicherwerke – aufrecht erhalten bzw. neu geschaffen wird. Um Netzinstabilitäten zu vermeiden, ist der strategische Netzausbau und damit verbunden die Integration ins europäische Netz unverzüglich an die Hand zu nehmen.



Die damit verbundenen Investitionen benötigen sehr viel Kapital (ca. fünf Milliarden Franken), welches prioritär von der Stromwirtschaft aufzubringen ist. Der Bund hat hierbei darauf zu achten, dass in den aktuellen Niedrigpreiszeiten gerade solche anstehenden Investitionen von günstigen Zinskonditionen profitieren können.

Stromabkommen mit der EU

Auf Grund ihrer geographischen Lage und der (z. T. noch zu bauenden) Kapazitäten auf der obersten Übertragungsebene hat die Schweiz im geöffneten europäischen Strommarkt einiges anzubieten. Der Bund soll ein solides Stromabkommen und den Beitritt zum Energy Trading System (ETS) mit der Europäischen Union abschliessen, sofern die Einbindung in ein europäisches Stromsystem der schweizerischen Stromversorgung nützt.

D. Medien

Die Gesellschaft SRG SSR (SRG) stellt im Bereich von Radio und Fernsehen das Grundangebot sowohl auf nationaler Ebene, als auch in den verschiedenen Sprachregionen sicher. Sie hat den gesetzlichen Auftrag, den in der Verfassung definierten Service public durch die Radio- und Fernsehprogramme zu erfüllen und dabei die Meinungsfreiheit und Sprachenvielfalt zu garantieren. Generell müssen die Programme zur Bildung der Öffentlichkeit, zur kulturellen Vielfalt, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung beitragen. Dieses Basisangebot an Informations- und Unterhaltungsprogrammen wird auf lokaler Ebene von 21 konzessionierten privaten Radio- und 13 konzessionierten privaten Fernsehprogrammen vervollständigt. Die Veranstalter sind verpflichtet, einen qualifizierten Leistungsauftrag zu erfüllen.

Die Dienstleistung der SRG und der 34 privaten Radio- und Fernseh-Stationen wird in Zukunft mit den Abgaben für Radio und Fernsehen durch Privathaushalte und Unternehmen mitfinanziert.

Die Revision des RTVG

Die CVP hat die Revision des Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) vehement verteidigt. Mit dem revidierten RTVG werden die Trittbrettfahrer ausgebremst, also jene, die vom Service public profitieren, jedoch keine Gebühren zahlen. Das revidierte RTVG ist zeitgemäss, sozial und führt zu weniger Bürokratie.

Die rund um die Abstimmung geführte Diskussion um den Service public im Bereich TV und Radio ist gerechtfertigt, führte jedoch oft am Ziel vorbei. Wer über den Service public diskutiert, sollte dies nicht aufgrund unliebsamer Sendeformate tun, sondern vor dem Hintergrund des Leistungsauftrags der SRG. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die SRG auch ausserhalb des Leistungsauftrags attraktiv sein muss, um ihren Kernauftrag erfüllen zu können.



Die CVP fordert, dass die vom Stimmvolk am 14. Juni 2015 beschlossene Umsetzung des Systemwechsels bei der Finanzierung per 1.1.2018 umgesetzt wird. Die Abgaben für Privathaushalte und Unternehmen dürfen nicht höher angesetzt werden, als dies der Bundesrat in der Botschaft zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes kommuniziert hat. Für Privathaushalte darf die Abgabe somit bei höchstens 390 Franken pro Jahr angesetzt werden. Der Systemwechsel darf nicht zu Mehreinnahmen dürfen. Andernfalls ist die Abgabe für Privathaushalte und Unternehmen zu reduzieren.

Die SRG als Garant für Qualität und Vielfalt

Die CVP will eine starke SRG, die sich in der Schweiz gegen die starke ausländische Konkurrenz behaupten kann und ein Garant für die sprachliche und kulturelle Vielfalt unseres Landes ist. Die SRG muss für Sendungen, welche die öffentliche Meinungsbildung fördern, mehr Platz einräumen. Die CVP anerkennt aber, dass auch Unterhaltungssendungen zum Kernauftrag der SRG gehören: Würde die SRG statt eigene Unterhaltungsformate zu produzieren, lediglich günstig amerikanische Serien einkaufen, würde dies dem Selbstverständnis unseres Landes enorm schaden. Eine massive Kürzung der Gelder würde entsprechend zu einer spürbaren Einbusse der Leistungen und der Qualität führen. Eine verstärkte Finanzierung der SRG durch Werbung lehnen wir ab, da die SRG damit auch die Konkurrenz zu den privaten Anbietern verstärken und die zusätzliche Werbung als qualitätsmindernd angeschaut würde.

Die CVP unterstützt, dass die SRG im Online-Bereich weiterhin auf Werbung verzichten muss.

Ja zum dualen System, gestärkt durch das RTVG

Die CVP verteidigt ein «duales» System von Radio- und Fernsehsendungen mit einer starken SRG und mit komplementären privaten Regionalsendern, die auf ihrer Ebene ebenfalls zum Service public beitragen. Die CVP hat sich tatkräftig dafür eingesetzt, dass im revidierten Bundesgesetz über Radio und Fernsehen die Gebührenanteile für die privaten Radio und Fernsehstationen erhöht werden können. Die CVP fordert eine Erhöhung des heutigen Gebührenanteils von vier auf sechs Prozent. Dies soll gestaffelt, erstmals per Mitte 2016 erfolgen.

Wir erwarten, dass die Diskussion zwischen SRG, privaten Anbietern und Publikum zugunsten einer umfassenden Medienlandschaft Schweiz erfolgt und diese dazu führt, dass Kosten optimiert und Ressourcen optimal eingesetzt werden.



Medienvielfalt auch im Printbereich

Durch den technologischen Fortschritt geraten die Printmedien immer mehr unter Druck, oftmals auch auf Kosten der journalistischen Qualität. Die CVP setzt sich für die Weiterführung der indirekten Presseförderung (ermässigte Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften)

ein. Davon profitiert die Regional- und Lokalpresse mit 30 Millionen Franken pro Jahr. Diese ist für die Presse- und Meinungsvielfalt zentral. Die CVP unterstützt zudem die Idee einer Stärkung der SDA/ANR, wodurch v.a. auch regionale Zeitungen bessere Kostensituation erhalten.

Keine Schnellschüsse ohne Fachkenntnis

Bevor Schnellschüsse getätigt werden, soll der Bericht der ausserparlamentarischen Eidgenössischen Medienkommission EMEK und der vom Parlament bestellte Bericht des Bundesrates zu diesem Thema abgewartet werden. Beide Berichte werden Ende 2015, resp. in der ersten Jahreshälfte 2016 publiziert. Die CVP erwartet, dass in beiden Berichten auch den Gründen für das unterschiedliche Verständnis von Service public in den verschiedenen Regionen der Schweiz nachgegangen wird. Die CVP wird sich mit beiden Berichten umfassend auseinandersetzen und das Thema weiterhin eng begleiten.

E. Verkehr

Im Verkehrsbereich ist die Frage nach dem Dienstleistungsangebot eng verknüpft mit der Frage nach der dafür benötigten Infrastruktur. Die Verkehrsinfrastruktur leistet einen erheblichen Wohlfahrtsbeitrag. Es ist deshalb folgerichtig, dass der Bund auch in Zukunft eine tragende Rolle bei der Finanzierung stellt und mit Bedacht die Kosten auf die Nutzer abwälzt.

Die CVP ist stets eingestanden für die gegenseitige Ergänzung und die Gleichbehandlung der verschiedenen Verkehrsträger. Die CVP hat FABI¹ mit Bahnfonds, Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur massgeblich erarbeitet und erfolgreich vor dem Volk verteidigt. Nun setzt sie sich konsequenter Weise auch für ein wettbewerbsfähiges Strassennetz und die Vorlage zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) ein. Immerhin werden 43 Prozent des Motorfahrzeugverkehrs auf den Nationalstrassen abgewickelt und sogar 67 Prozent des schweren Güterverkehrs. Auch hier ist im Sinne einer guten Grundversorgung der Beseitigung von Engpässen Priorität zu geben und bei der Finanzierung zu achten, dass die Belastung der Nutzer massvoll und gemäss tatsächlichem Bedarf des künftigen Strassenfonds ausfällt.

¹ FABI, Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“



Bahnreisen muss einfach sein – auch für Familien und Menschen mit Handicap

Die CVP erwartet ein vereinfachtes Tarifsysteem zwischen den verschiedenen öffentlichen Verkehrsanbietern. Die Schweiz hat heute durch die verschiedenen Tarifverbünde ein kompliziertes und in sich nicht koordiniertes Tarifsysteem. Das muss vereinfacht und kundenfreundlicher ausgestaltet werden.

Die CVP erwartet, dass die Barrierefreiheit nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern auch für Familien mit Kleinkindern gewährleistet wird. Es ist heutzutage einfach nicht mehr vorstellbar, dass Bahnsteige für Kinderwagen oder Rollstühle nicht zugänglich sind. Die CVP erwartet von der SBB sowie von den anderen Akteuren des Verkehrs, deutliche und zügige Verbesserungen.

NEIN zur „Milchkuhinitiative“

Genauso wie die Initiative „Pro Service public“ ist auch die „Milchkuhinitiative“ aus ordnungspolitischer Sicht zwingend abzulehnen. Sie greift auf Verfassungsstufe in den sensiblen Mechanismus zwischen den Verkehrsträgern, den Kantonen und Regionen und die Finanzmechanismen des Bundes ein.

Die Finanzierung der öffentlichen Infrastrukturen und der darauf angebotenen Dienstleistungen hat im politischen Feinprozess zu geschehen. Radikalmassnahmen gefährden nicht nur die Bundesfinanzen, sondern auch den Zusammenhalt des Landes.

Keine Experimente mit dem öV-Angebot

Die Grundsätze, nach welchen das Angebot des öffentlichen Verkehrs errechnet wird (Mindestauslastung etc.), sind für die CVP nicht antastbar. Letztlich liegt es immer noch an den Kantonen, ein gewisses Angebot zu bestellen oder nicht. Wird das Angebot in den ländlichen Regionen aber verunmöglicht und entsprechend beschnitten, so droht dem öV eine fatale Negativspirale, welche schliesslich einen Standortnachteil für ganze Regionen bedeuten kann.

Wo die Bahn nicht hinkommt, müssen die Strassen unbefristet intakt sein

In den Rand- und Bergregionen, welche unmöglich durch die Bahn und nur schwer mit dem übrigen öV erschlossen werden können, müssen Bund, Kantone und betroffene Gemeinden die qualitativ hochwertige Strassenerschliessung gewährleisten. Der Bund fördert die Sanierung der Bergstrassen-Infrastruktur. Die CVP verlangt, dass er dies auch weiterhin tut – und zwar unbefristet als wichtiger Bestandteil des NAF.

Wir bieten Hand, um die Anforderungen an die Strassenbauprojekte zu hinterfragen: Die schweizerische Perfektion führt im Strassenbau oft zu Luxuslösungen, welche dann wiederum dazu führen, dass die Gelder für andere Projekte fehlen. Das muss nicht sein.